

# Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



## Eine Auswahl meiner nächsten Termine

07.03.2019 17:00 Uhr  
Bürgersprechstunde Kürten,  
Rathaus (Clubhaus 2)

29.04.2019 16:15 Uhr  
Bürgersprechstunde Leichlingen,  
Bürgerbüro

## Kontakt

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### Telefon

(030) 227 - 7 95 47

### Fax

(030) 227 - 7 05 48

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

### Homepage

[www.hermann-josef-tebroke.de](http://www.hermann-josef-tebroke.de)

### Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

### Telefon

(02202) 9 36 95-30

### Fax

(02202) 9 36 95-22

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de)

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



## Liebe Leserinnen und Leser,

Sie sind hoffentlich gut in das neue Jahr 2019 gestartet. Von dieser Stelle aus darf ich Ihnen und Ihren Angehörigen nochmals alles Gute für das noch junge Jahr wünschen. In diesem Newsletter finden Sie wieder eine kleine Auswahl an für mich relevanten Themen. An den Beginn möchte ich die derzeit überaus kontrovers geführte Debatte über den nahenden Brexit stellen. Auch im politischen Berlin bereiten wir uns auf vielerlei Weise auf den Brexit vor. Darüber hinaus wird in diesen Tagen ebenso hitzig wie konfrontativ über ein eventuelles Tempolimit auf Autobahnen diskutiert. Mir ist wichtig, dass wir bei dem Streit über diese Einzelfrage das große Thema der Verkehrspolitik und der Emissionsreduktion nicht aus den Augen verlieren. Des Weiteren finden Sie nachstehend eine kurze Stellungnahme zu der aktuell diskutierten Neuregelung der Grundsteuer, die alle Eigentümerinnen und Eigentümer, aber vermittelt über die Umlage auch alle Mieterinnen und

Mieter betreffen wird. Hier liegt mir viel an einer transparenten und einfach handhabbaren Neuregelung. Abschließend möchte ich den Holocaust-Gedenktag hervorheben, den wir diese Woche auch im Deutschen Bundestag begangen haben. Die Erinnerung an die unvorstellbaren Gräueltaten der Nazi-Zeit wachzuhalten – gerade auch mit Blick auf die Zukunft – ist ein wertvolles Anliegen. Derartiges darf nie wieder geschehen.

Ich darf Ihnen eine anregende Lektüre wünschen und verbleibe mit herzlichen Grüßen  
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

## Brexit

Kaum ein Politikfeld kommt in diesen Tagen am nahenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vorbei. Nach wie vor ist es meiner Meinung nach für beide Seiten überaus bedauerlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens 2016 so knapp, aber im Ergebnis doch klar für einen Brexit ausgesprochen haben. Dieser Austritt wird, das haben nunmehr nahezu alle Beteiligten realisiert, für beide Seiten - für die Menschen im Vereinigten Königreich wie im übrigen Europa - nachteilig werden. Mit Großbritannien verliert die Europäische Union eine große Wirtschaftsmacht und das Mutterland der Demokratie. Trotz einiger Eskapaden in der europäisch-britischen Geschichte konnte sich gerade die Bundesrepublik Deutschland oft auf Großbritannien als Partner verlassen, das sich mit kritischem Blick und Nachdruck der Einhaltung der Europäischen Verträge widmete. Die britische Premierministerin versucht nun überaus engagiert einen ungeordneten no-Deal-Brexit zu verhindern, der Ende März infolge des 2017 erfolgten Austrittsgesuchs droht. Ich bin jedoch nach wie vor der Überzeugung, dass die Europäische Union jetzt nicht ihre klare Positionierung aufgeben darf: Die Europäische Union muss auch weiterhin eine scharfe Grenze zwischen Nordirland und Irland in jedem Falle vermeiden.

Und es kann nicht angehen, dass Großbritannien auf Dauer Teil der Zollunion bleibt, aber eigenständig Handelsverträge abschließen kann. Denn würde die Europäische Union hier Großbritannien eine Wahlmöglichkeit überlassen, wie könnte man anderen Mitgliedsstaaten das Recht verwehren, sich ebenso zu positionieren. Eine „Rosinenpickerei“ würde die Europäische Union gravierend schädigen und nachhaltig den Zusammenhalt in der Europäischen Union beeinträchtigen. Die britische Regierung und das britische Parlament müssen ihrerseits entscheiden, was sie wollen: ob sie gewillt sind, einen harten Brexit zu realisieren oder den ausgehandelten Kompromiss mit der Europäischen Union durchzusetzen oder ein erneutes Referendum abzuhalten. Diese Entscheidung kann den Briten niemand abnehmen. Nach wie vor hoffe ich auf eine Debatte, in der die britischen Entscheidungsträger parteipolitische oder persönliche Machtinteressen zurückstellen und deutlich machen, dass Sie das Wohl des Landes im Blick haben - und am Ende auf eine diplomatische Lösung für den Brexit, die beiden Seiten größtmöglich gerecht wird. Das ändert nichts daran, dass ich es für die beste Variante halte, wenn Großbritannien die Europäische Union gar nicht erst verlässt.

## Verkehrspolitische Themen

In den letzten Tagen wird auch innerhalb der Koalitionsfraktionen heftig über die Einführung von Tempolimits auf deutschen Autobahnen diskutiert. Hierbei liegt der Fokus der Debatte vor allem auf der Reduktion der Verkehrsunfälle und dem Schutz des Klimas. Grundsätzlich bin ich dafür, dass der Staat das Verhalten der Menschen nur dann mittels Verboten einschränkt, wenn wichtige Ziele nicht anders erreicht werden können. Andere Länder haben Tempolimits eingeführt, damit aber nicht nur gute Erfahrungen gemacht. In Frankreich sind an manchen geraden Autobahnen Schilder am Fahrbahnrand aufgestellt worden, damit die Fahrerinnen und Fahrer nicht einschlafen. Gerade der Sekundenschlaf ist eine Quelle von zahlreichen Verkehrsunfällen. Die Zahl der Todesopfer - jedes Unfallopfer ist eines zu viel - pro Autobahnkilometer ist in kaum einem Land so gering wie in Deutschland. Das alles dürfen wir bei der derzeitig überaus hitzig geführten Debatte über das Tempolimit nicht vergessen. Zumal bereits zahlreiche Autobahnkilometer ohnehin Beschränkungen unterliegen und Gefahrenstellen zudem besonders reglementiert werden.

### Zitat des Monats:

*„Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht immer noch schneller als der, der ohne Ziel herumirrt.“*

– Gotthold Ephraim Lessing

Mir persönlich ist es ungleich wichtiger, dass wir das Augenmaß und den Blick auf das große Ganze nicht verlieren. Im Rahmen des Verkehrssektors haben wir bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen und werden auch weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um unseren Beitrag zur Emissionsreduktion und zum Klimaschutz zu leisten. Dazu gehört eine Stärkung

und Förderung alternativer Antriebsformen, auch von Elektrofahrzeugen und flächendeckender Ladeinfrastruktur. Die individuelle Mobilität ist nicht nur ein Ausdruck von Freiheit, sondern oftmals auch Voraussetzung für Flexibilität und Effizienz. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen uns auch weiterhin zugleich für eine Verbesserung des öffentlichen und des Individualverkehrs einsetzen. Wir werden in Zukunft verstärkt und konsequenter an Konzepten arbeiten müssen, um die immer größer werdenden Verkehrsströme innerhalb der Bundesrepublik zu steuern - bevorzugt mit Anreizen und nicht mit Verboten. Eine Abschaffung der Kfz-Steuer zugunsten einer streckenabhängigen Bezahlung wäre eine mögliche Maßnahme. Sie würde die Kosten des Verkehrs stärker internalisieren und hätte so klimapolitische Effekte. Aber auch und gerade im Güterverkehr müssen wir daran arbeiten, wieder mehr Container auf die Schiene zu verlagern. Es kann nicht angehen, dass wegen niedriger Transportkosten seit 1990 das Güteraufkommen massiv gestiegen ist, aber sich dieses Aufkommen lediglich auf den vollen Straßen widerspiegelt, der Schienengüterverkehr jedoch stagniert. Es bleibt also viel zu tun.

Immerhin ist die Europäische Union mit aktuellen Beschlüssen, wonach der Kraftstoffverbrauch von Neuwagen bis 2030 um 37,5 % sinken muss und die Kfz-Steuer im Lastkraftverkehr zugunsten von Maut reduziert werden soll, kraftvoll vorausgegangen.

## Grundsteuer

Viele Vertreterinnen und Vertreter aus den Städten und Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises sprechen mich auf die derzeit im Raum stehende Neuregelung der Grundsteuer an. Infolge eines klaren Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist der Gesetzgeber aufgerufen, eine entsprechende Neuregelung zu schaffen. Mir ist an dieser Stelle besonders wichtig, dass sich die Kommunen weiterhin auf die für sie so wichtige Einnahmequelle verlassen können. Das heißt aber auch gleichzeitig, dass die in Rede stehenden Regelungen, und insbesondere das von Bundesfinanzminister Scholz

favorisierte Modell, klar auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft werden müssen. Wir als CDU/CSU Bundestagsfraktion wollen ein transparentes und möglichst einfach umsetzbares Modell verabschieden. Die Neubewertung von Millionen in Deutschland existierender Grund- und Bodenwerte wird schon allein infolge dieser Anzahl ein enormer Kraftakt werden. Da dürfen den maßgeblichen Behörden nicht noch zusätzliche Erschwernisse auferlegt werden. Zudem werden wir als Union dafür Sorge tragen, dass das kommunale Hebesatzrecht erhalten bleibt, das den vor Ort nötigen individuellen Spielraum sicherstellt.

# Holocaust-Gedenktag

Der 27. Januar ist in Deutschland seit über zwanzig Jahren ein bundesweit gesetzlich verankerter Gedenktag. 1996 hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Ich persönlich finde es ein wichtiges Zeichen, dass sich Deutschland seiner historischen Verantwortung stellt und die Opfer des Nationalsozialismus einen zentralen Gedenktag erhalten haben. Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit, und dieser Tag markierte damit ein Ende des Grauens. Der Gedenktag ist heute nicht nur ein Moment für Erinnerungen, sondern vergegenwärtigt gleichsam die Verpflichtung, sich tagtäglich gegen Diskriminierung und Antisemitismus einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag gedenkt den Opfern des Nationalsozialismus traditionell in der Sitzungswoche nach dem 27. Januar. Dieses Jahr hielt der renommierte, international bekannte

Historiker Prof. Dr. Saul Friedländer eine Gedenkrede. Er ist selbst Überlebender des Holocausts und hat sein gesamtes Forschungsleben der Geschichte der Shoa gewidmet.

Ich halte es für richtig und wichtig, dass nicht nur der Deutsche Bundestag den Gedenktag begeht, sondern überall in Deutschland entsprechende Veranstaltungen stattfinden. Auch im Rheinisch-Bergischen Kreis wird der Opfer gedacht. Ich erinnere mich gut an meine Zeit als Landrat und die seit Jahren bewährte Praxis, anlässlich des 27. Januars des Tages der Befreiung zu gedenken. Auch dieses Jahr findet sich eine beeindruckende Ausstellung in den Räumen des Kreishauses. Es ist meiner Meinung nach der Auftrag von uns allen, auch den nachkommenden Generationen immer wieder neu das Grauen der damaligen Zeit zu verdeutlichen und zu betonen, dass wir uns als Gesellschaft klar bekennen und nach Kräften dafür einsetzen, dass so etwas nie wieder auf deutschem Boden und sonst auf der Welt passieren darf.

## Einblicke



Allen Jecken eine fröhliche und ausgelassene Session!



Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft Bergisches Land



Wichtiger Austausch über den Kampf gegen Armut und Hunger mit World Vision Deutschland